

Öffentliche Niederschrift
26. Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 06.11.2024
Sitzungsbeginn: 15:02 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:52 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Dr. Jörg Schröder-Tebbe SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Andreas Gadde	DIE GRÜNEN	
Holger Ingendoh	CDU	
Frank Bandel	CDU	
Karin Dubbert	CDU	
Eugen Lenz	CDU	
Andreas Völker	CDU	
Bürgermeister Manfred Flore	SPD	
Dr. Silke Jacobs	SPD	
Thorsten Kamps	SPD	
Maximilian Janetzki	SPD	Vertretung für: Manuel Otto Prohl
Bülent Sahin	SPD	
Ulrich Lütte	BOB im Rat	
Heike Hansen	Linke.Liste	Vertretung für: Lion Rudi

sachkundige/r Bürger/in

Albin Bajric	CDU	
Dominik Sporkmann	CDU	
Helmuth Konrad Eidam	SPD	Vertretung für: René Pascheberg
Ralf Schindelasch	DIE GRÜNEN	
Ralf Langnese	DIE GRÜNEN	
Florian Schröder	AfD	
Maximilian Baum	FDP im Rat	

Verwaltung

Beigeordneter Michael Jehn	Dezernat 4
Beigeordneter Dr. Thomas Palotz	Dezernat 5
Markus Werntgen-Orman	Bereichsleitung 2-2

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Manuel Otto Prohl	SPD	Entschuldigt
-------------------	-----	--------------

sachkundige/r Bürger/in

René Pascheberg	SPD	Entschuldigt
Lion Rudi	Linke.Liste	Entschuldigt

hinzugewählte Personen

Christian Ejodamen	IR	Entschuldigt
--------------------	----	--------------

Verwaltung**Gäste und weitere Teilnehmer**

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Friedhofsentwicklungsplanung 2024 ff.	B/17/5306
2	Sachstand über den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für Elektromobilität im Stadtgebiet	M/17/5901
3	Sachstandsbericht zu Problemimmobilien in Oberhausen; hier: Antrag der SPD-Fraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt	M/17/5701
4	Intelligente Videobeobachtung in Oberhausen; hier: Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt	M/17/5710
5	Durchforstungen im Stadtwald Oberhausen Geplante Maßnahmen 2024/2025	M/17/5801
6	Eilentscheidung über den Lärmaktionsplan Oberhausen 4. Runde 2024 (Aktualisierung Lärmaktionsplan 3. Runde 2022) - Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Beschlussfassung	B/17/5744
7	Einführung der Altkleidersammlung als Bring- und Holsystem	B/17/5807
8	Eichenprozessionsspinner - Geplante Maßnahmen für 2025	B/17/5820
9	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Ersatzgelder für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“	A/17/5767
10	Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Einführung heller Straßenbeläge zur Reduzierung von Hitzeinseln (heller/weißer Asphalt)“	A/17/5943
10.1	Änderungsantrag der FDP im Rat der Stadt Oberhausen gem. §4 der der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zum Antrag A/17/5943 der CDU-Fraktion „Einführung heller Straßenbeläge zur Reduzierung von Hitzeinseln (heller/weißer Asphalt)“	A/17/5983

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

**1 Friedhofsentwicklungsplanung 2024 ff.
 B/17/5306**

Herr Reeh (Servicebetriebe Oberhausen) hält einen Vortrag mittels PowerPoint-Präsentation.

Herr Flore dankt für den Vortrag und bezeichnet den vorgestellten Plan als großen Fortschritt. Er begrüßt, dass die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger hier Eingang gefunden haben. Hierbei hebt er hervor, dass dies auch in der Konkurrenz zu anderen Kommunen und kirchlichen Einrichtungen einen Vorteil bringen kann. Fraglich ist für ihn in diesem Zusammenhang die künftige Entwicklung der entsprechenden Gebührensatzung.

Herr Bandel stimmt Herrn Flore vollumfänglich zu.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/5306 zustimmend vor.
--

**2 Sachstand über den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für Elektromobilität im Stadtgebiet
 M/17/5901**

Herr Janetzky bedankt sich für die Vorlage. und bezeichnet den Inhalt als positive Entwicklung.

Er erkundigt sich außerdem nach dem Hintergrund der 44 abgelehnten Ladepunkten. Wenn er auf die nicht abgedeckten Flächen auf der Karte des Oberhausener Stadtgebietes blickt, ist für ihn fraglich in welchem Umfang die Stadtverwaltung Steuerung betreiben kann.

Herr Janetzky berichtet von einer Pressemitteilung des Bundeskartellamtes. Hiernach sollen die Kommunen den Wettbewerb fördern. Er möchte erfahren, wie die Stadt Oberhausen diesen Wettbewerb fördern möchte und kann. Hierbei meint er auch anbieterbedingte Kostensteigerungen, auf die die Kommune keinen Einfluss hat.

Herr Werntgen-Orman gibt an, dass jeder Anbieter prinzipiell die Möglichkeit hat, Ladesäulen im Stadtgebiet Oberhausen aufzustellen. Hierzu ist eine Straßen- und Verkehrsrechtliche Genehmigung notwendig. In diesem Rahmen werden sowohl die planungsrechtlichen Voraussetzungen, als auch mögliche Konflikte im Bereich des Baumschutzes geprüft.

Die Stadt Oberhausen ist für alle Anbietende, die Ladesäulen innerhalb des Stadtgebietes installieren wollen, offen. Erfreulich sieht er auch das wachsende und zunehmend vielfältigere Angebot durch die Anbietenden. Fraglich ist für ihn ebenfalls in welcher Form die Kommunen hier eingreifen und den Wettbewerb noch stärker fördern kann. Zu Anfang konzentrierten sich die Ladepunkte auf das Centro. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Besonders in dicht bebauten Stadtteilen mit mehrgeschossiger Bebauung ist das Angebot gestiegen.

Herr Bandel stellt den Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit des Tätigwerdens und der Verbreitung der Elektromobilität her. Er stellt klar, dass dies ein Geschäft ist, das sich auch für Anbieter lohnen muss, damit sie tätig werden. Auch die Voraussetzungen zum Thema Baumschutz sieht er als selbstverständlich an. Er spezifiziert die Frage des Herrn Janetzky und erkundigt sich nach den Möglichkeiten der Steuerung seitens der Stadt, mit Blick auf den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur in dicht bebauten Stadtteilen mit mehrgeschossiger Bebauung. Er unterscheidet dabei diese Stadtteile und Stadtteile wie Königs-

hardt, wo die Häufigkeit einer eigenen Einfahrt höher ist. Fraglich ist für ihn, in wie weit die Stadt Oberhausen steuern kann, dass die Anbietenden sich nicht nur um die aus ihrer Sicht wirtschaftlich attraktivsten Stellen, sondern auch um weitere Orte bemühen.

Herr Werntgen-Orman bestätigt, dass auch dies in den Gesprächen mit den Anbietenden Thema war. Die Anbietenden haben in der Regel konkrete Vorstellungen zur Umsetzung des Ladesäulenlieferstrukturkonzeptes, welches insbesondere die Handlungsschwerpunkte darlegt. Dennoch zeigen die Anbietenden Offenheit auch den Bedarf in den für sie wirtschaftlich weniger attraktiveren Gegenden tätig zu werden. Bisher konnten hier gute Erfahrungen gemacht werden, die sich auch in der weiteren Zukunft noch stärker realisiert werden könnten.

Herr Baum räumt ein, dass das Netz in dichter bebauten Gegenden dahingehend Schwächen aufweisen könnte. Darüber hinaus könnten manche Gegenden für Anbietende weniger attraktiv sein. Dies begründet er mit hohen Anschaffungs- und Installationskosten. Dabei nennt er die Danziger Straße als Beispiel.

Herr Baum ist über die Installationen an Straßenlaternen erfreut und lobt die Verwaltung für den aktuellen Umsetzungsfortschritt. Dies war vor einigen Jahren, lt. Aussage der Stadt Oberhausen, vor mehreren Jahren nicht möglich. Die aktuellen Möglichkeiten überraschen ihn daher.

Herr Werntgen-Orman antwortet, dass die Umsetzung der Schnellladestationen mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Die Standorte konzentrieren sich zurzeit auf das Centro und in Autobahnnähe. Als Grund gibt er den zeitlichen Aufwand an. Durchreisende haben i. d. R. weniger Zeit zur Verfügung, als Anwohnende. Darüber hinaus ist aus technischen Gründen nicht jedes Elektrofahrzeug zum Laden an Schnellladestationen fähig. Das Beispiel der Danziger Straße des Herrn Baum aufgreifend gibt er an, dass auch dort, aufgrund der Nähe zur A40 Schnellladestationen installiert werden sollen.

Mit Blick auf das „Laternenladen“ erläutert Herr Werntgen-Orman dass durch einen Anbietenden aus Berlin nun der entsprechende Impuls gesetzt wurde. Hierzu werden zunächst an den ausgesuchten Standorten entsprechende Probeladeeinrichtungen installiert. Wenn sich dies als geeignet herausstellt könnte ein weiterer Ausbau stattfinden. Vorteilhaft ist die bereits vorhandene Infrastruktur der vorhandenen Straßenlaternen.

Die EVO muss lt. Herrn Werntgen-Orman jedoch im Vorfeld einige Änderungen an der Schaltung vornehmen. Momentan werden Straßenlaternen nur während der Nutzungszeiten mit Strom versorgt. Tagsüber werden diese Laternen stromlos geschaltet. Dies muss geändert werden um einen reibungslosen Ablauf der Ladung zu ermöglichen.

Herr Schindelasch erkundigt sich, ob auch das Parkhaus an der Marktstraße mit Ladesäulen ausgestattet wird. Dies sollte nach bisheriger Planung geschehen, sobald dieses wieder öffnet. Nach der Öffnung blieb die Umsetzung aus.

Außerdem hebt Herr Schindelasch hervor, dass es auch in weniger dicht bebauten Gegenden mehrgeschossige Bebauung gibt. Hier haben die Bewohnenden ebenfalls keine Möglichkeit eine eigene Ladestation zu installieren, wenn keine Vorgärten genutzt werden sollen. Auch in diesen Gegenden wünscht er sich, wenn auch weniger dichte, flächendeckende Versorgung mit Ladestationen. Schnellladegeräte wünscht er sich auch für Anwohnende, die ebenfalls ggf. Nicht die Möglichkeit haben, längere Wartezeiten zu berücksichtigen.

Herr Schindelasch sieht bei der Preisgestaltung die Gefahr einer sozialen Schieflage. Eigenheimbesitzende haben möglicherweise eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und laden ihre Fahrzeuge heraus kostenlos auf. Er bittet die Verwaltung darum, den Wettbewerb zwischen den Anbietenden auch aus diesem Grund zu fördern.

Herr Baum erkundigt sich nach dem Leistungspotenzial der Verwaltung. Er sieht 259 Anträge innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre, wovon 109 genehmigt wurden, sich 44 Anträge derzeit in der Prüfung befinden und weitere 94 Anträge bis Ende des Jahres in die Prüfung auf-

genommen werden sollen. Er erkundigt sich, ob bei steigenden Antragszahlen ein Prüfungstau seitens der Verwaltung drohen könnte.

Herr Dr. Palotz begründet bisher längere Bearbeitungszeiten mit unvollständig eingereichten Unterlagen und weiteren zeitintensiven Umständen wie der Begehung der Örtlichkeit.

Herr Lütte zeigt sich verwundert und erinnert sich an frühere Gespräche zu diesem Thema. Er fragt, warum entgegen früherer Aussagen der EVO keine neuen Kabelverbindungen geschaffen werden müssen. Dies entzieht sich jedoch der Kenntnis des Herrn Dr. Palotz.

Herr Langnese bezieht sich auf die Standortaussagen des Herrn Werntgen-Orman. Er sieht die Gefahr, dass Ladestationen für Durchreisende entsprechenden Verkehr anzieht und Durchreisende nur hierfür die Oberhausener Straßen zusätzlich belasten. Darüber sieht er eine Sinnhaftigkeit für Schnellladestationen insbesondere in Gebieten mit dichter Bebauung. Mehr Nutzende könnten die Ladestationen in kürzerer Zeit nutzen.

Herr Langnese möchte zudem hervorheben, dass es über die Innenstadt hinaus auch etwa in Osterfeld eine mehrgeschossige Bebauung existiert. Er bestärkt, dass es noch viele Lücken gibt und der Ausbau weiter voranschreiten sollte.

Die Fraktion Die Grünen sieht die Wichtigkeit des gesamten Themas und vermutet, dass die Anzahl der zugelassenen Elektrofahrzeuge möglicherweise steigen könnte, wenn ausreichend Ladestationen vorhanden sind. Es wird um Weiterführung entsprechender Gespräche mit der EVO gebeten.

Herr Bandel führt aus, dass es sich bei der Einrichtung der Ladestationen nicht um eine öffentliche Aufgabe handelt. Er sieht zudem die Gefahr, dass entstandene Kosten auf Einwohnende umgelegt werden könnten und müssten.

Herr Flore ist überrascht, dass der Ausbau in der Innenstadt seitens der Anbietenden auf diesem guten Niveau stattfindet. Er befürchtet jedoch, dass die Anbietenden momentan noch nicht viel Gewinn erwirtschaften. Er ist der Meinung, dass abgewartet werden sollte, wie sich der Ausbau in der Hand der Anbietenden entwickelt. Momentan sieht er Fortschritte.

Herr Flore hebt zudem hervor, dass sich die geplanten Ladestationen, im Gegensatz zu herkömmlichen Tankstellen, im Bereich der städtischen Straßen befinden. Fraglich sind für ihn die entstehenden Gebühren und bittet um einen interkommunalen Vergleich um die eigenen Gebühren entsprechend einordnen und ggf. anpassen zu können.

3 Sachstandsbericht zu Problemimmobilien in Oberhausen; hier: Antrag der SPD-Fraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt M/17/5701

Herr Flore sieht die Situation im Vergleich mit einigen anderen Städten grundsätzlich positiv aber sieht auch Handlungsbedarf. Der Presse entnahm er, dass für das Europahaus Unbewohnbarkeitserklärung drohte. Bei anderen Problemfällen handelt es sich im Großteil um Geschäftsgebäude. Hier waren Bewohnende direkt betroffen. Für Herrn Flore ist fraglich, ob nach der jüngst stattgefundenen Begehung, neue Informationen zur aktuellen Situation vorliegen und welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bewohnenden zu unterstützen.

Herr Jehn gibt an, dass die betroffenen Menschen seitens der Stadtverwaltung unterstützt werden. Der Bereich der Wohnungsaufsicht wurde nach der Meldung über den Heizungsausfall im Europahaus, neben der Feuerwehr und der Bauordnung nach tätig.

Innerhalb der Verwaltung wurde bereits vor einigen Jahren eine Task Force gegründet wur-

de. Diese bemüht sich an Brennpunkten mögliche rechtliche Eingriffsbefugnisse durchzusetzen. In der Vergangenheit wurde mehrmals der Kontakt zu Eigentümern und Eigentümerinnen aufgenommen. Dies geschah teilweise mit Zwangsgeldandrohung und mit Androhung weiterer ordnungsbehördlicher Maßnahmen.

Da die vorhandene Heizungsanlage nicht in kurzer Zeit zu reparieren war, wurde am 29.10.2024 wurde eine mobile Heizungsanlage aufgebaut. Die Wohnungen werden aktuell durch diese beheizt. Das Gesamtobjekt wird weiterhin beobachtet. Eine Nutzungsuntersagung muss im Moment nicht ausgesprochen werden.

**4 Intelligente Videobeobachtung in Oberhausen; hier: Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt
M/17/5710**

Herr Bandel verweist auf die Vorlage. Eine Videobeobachtung wäre momentan nicht vom Polizeigesetz abgedeckt. Das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl soll durch die Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei gesteigert werden. Er sieht jede weitere Diskussion aktuell in diesem Thema als nicht zielführend an.

**5 Durchforstungen im Stadtwald Oberhausen
Geplante Maßnahmen 2024/2025
M/17/5801**

Frau Hansen ist der Meinung, dass Jungbäume im Schatten bestehender Bäume wachsen und ein weiterer Eingriff durch den Menschen nicht notwendig ist. Ein weiterer Eingriff könnte schädlich für Bestandes sein. Bei dieser Aussage beruft sie sich auf den BUND und die NABU.

Herr Lütte berichtet von einer Beschwerde, die ihm per E-Mail zugegangen ist. Eine Bürgerin war der Meinung, dass die Bäume lediglich aus finanziellen Interessen der Stadt Oberhausen gefällt würden. Herr Lütte bot ihr an, sich einen eigenen Eindruck vor Ort zu verschaffen und finanzielle Interessen nicht der Grund für die Fällungen sind. Er gab unter anderem die notwendige Lichtung zur besseren Entfaltung bestehender Bäume an.

Herr Lütte nimmt diese Beschwerde zum Anlass um mehr Aufklärungsarbeit in diesem Bereich zu bitten. Auch wenn es sich aus seiner Sicht um eine zu erledigt zu sehende Einzelbeschwerde handelt, vermutet er die Verbreitung von vermeidbarer Unruhe.

Herr Flore macht ebenfalls deutlich, dass die Stadt Oberhausen kein Geld mit den Fällungen verdient und bekräftigt, dass es sich vorliegend um einen Forst und um keinen Urwald handelt. Diese Fläche muss bewirtschaftet werden.

**6 Eilentscheidung über den Lärmaktionsplan Oberhausen 4. Runde 2024 (Aktualisierung Lärmaktionsplan 3. Runde 2022) - Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Beschlussfassung
B/17/5744**

Herr Langnese erkundigt sich, ob der Planungsrhythmus eingehalten werden kann, auch wenn aktuell noch keine neuen Maßnahmen geplant wurden.

Herr Dr. Palotz betont, dass der Fokus der Verwaltung darauf liegt, beschlossene Maßnah-

men umzusetzen. Dies geht aus dem Sachstandsbericht hervor.

Die vierte Fortschreibung muss bis 2029 gemacht werden. Die Ausschreibung steht kurz bevor. Aus diesem Grund sieht Herr Dr. Palotz keinen Grund, warum der Rhythmus nicht eingehalten werden könnte.

Herr Baum erkundigt sich nach den Maßnahmen, die keine Auswirkungen auf dem Lärmschutz haben. Für ihn ist fraglich, warum diese im Lärmschutzplan aufgeführt werden.

Herr Wittpahl erklärt, dass das grundsätzliche Ziel die Lärmreduzierung mit gleichzeitiger Attraktivitätssteigerung des Umfeldes ist. Vorrangig werden Maßnahmen wie der Austausch des Asphaltes, die den Geräuschpegel senken, umgesetzt werden. Außerdem soll der Umweltverbund gestärkt werden. Durch die weiteren aufgeführten Maßnahmen können auch diese Ziele, die nicht nur auf die Reduktion des Lärms abzielen, umgesetzt werden.

7 Einführung der Altkleidersammlung als Bring- und Holsystem B/17/5807

Frau Hansen möchte erfahren, wie mit minderwertiger und nicht mehr verwertbare Kleidung umgegangen wird. Sie erkundigt sich, ob hierzu ein Konzept vorliegt um zu verhindern, dass diese Kleidung in andere, beispielsweise afrikanische Staaten verschifft und dort entsorgt werden.

Herr Werntgen-Orman gibt an, dass die WBO aktuell zusammen mit verschiedenen Organisationen zuständig ist. Die WBO führt die angesprochenen, nicht wieder verwendbaren Kleidungsstücke einer thermischen Verwertung zu. Dies möchte die Stadt Oberhausen zukünftig ebenfalls auf die gleiche Weise umsetzen.

Herr Flore gibt an, dass die SPD dieser Vorberatung positiv gegenübersteht. Er begründet dies mit der bisher meist starken Vermüllung rund um die bestehenden Altkleidercontainer und sieht die Chance einer Verbesserung. Auch die Ausweitung des Serviceangebotes für die Bürgerinnen und Bürger sieht er positiv. Herr Bandel stimmt ihm vollumfassend zu.

Herr Schindelasch begrüßt das beabsichtigte System, mit Blick auf bisherige Vermüllung, ebenfalls und erhofft sich durch die Kontrolle, neben der Minderung der Vermüllung auch eine Qualitätssteigerung bei den eingesammelten Kleidungsstücken.

Herr Werntgen-Orman gibt an, dass die Stadt Oberhausen momentan noch keine eigenen Sammlungen durchführt. Die Sammlung des kommenden Jahres hat Auswirkungen auf den Gebührenhaushalt. Er hebt dabei die Verpflichtung hervor, für die Gebührenzahlenden eine wirtschaftlich möglichst nicht zu sehr belastende Situation zu schaffen.

Frau Hadrossek ergänzt, dass die Änderungen ab dem 01.01.2025 umgesetzt werden sollen. Der Bereich der Altkleidersammlung ist der Beginn. Perspektivisch könnte sich dieses Angebot auf weitere Bereiche ausweiten. Ab dem Start der Umsetzung soll auch die Nachfrage dokumentiert werden. Das Angebot muss zunächst in der Bevölkerung bekannt und etabliert werden.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/5807 einstimmig, gegen die Enthaltung der AfD, positiv vor.

8 Eichenprozessionsspinner - Geplante Maßnahmen für 2025 B/17/5820

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/5820 einstimmig, gegen die Enthaltung der Fraktion Die.Linke positiv vor.

**9 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Ersatzgelder für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“
A/17/5767**

Herr Schindelasch gibt in der Begründung Änderungen der Transparenzherstellung an.

Herr Bandel gibt an, dass es sich aus seiner Sicht vorliegend nicht um einen Antrag, sondern um eine große Anfrage handelt. Er sieht, dass die aufgelisteten Fragen sinnvoll sind, aber ist über die Form überrascht.

Herr Flore stimmt Herrn Bandel zu. Dennoch unterstützt die SPD den vorliegenden Antrag, da sie die aufgeführten Fragen für sinnvoll erachtet. Er vergewissert sich, dass die Verwaltung einen entsprechenden Bericht verfasst.

Herr Dr. Palotz geht auf die Zeilen 25 und 26 ein und bekräftigt, dass keine Daten unterschlagen werden und sichert eine transparente Berichterstattung innerhalb der nächsten oder übernächsten Sitzung des Umweltausschusses zu.

**10 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Einführung heller Straßenbeläge zur Reduzierung von Hitzeinseln (heller/weißer Asphalt)“
A/17/5943**

Herr Schröder-Tebbe schlägt vor, den direkt vor Sitzung eingegangenen Änderungsantrag gemeinsam mit diesem Tagesordnungspunkt zu behandeln. Er stellt nochmals fest, dass dieser im Vorfeld nicht geprüft werden konnte. In das System ALLRIS war er ebenfalls nicht eingegeben worden. Er hält nochmals fest, dass es sich um einen Änderungsantrag der FDP gem. §4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zum Antrag A/17/5943 handelt.

Herr Bandel gibt in der Antragsbegründung an, dass weißer Asphalt keine neue Erfindung ist und bereits mehrfach getestet wurde. In der Vergangenheit hat man festgestellt, dass die großen dunklen Flächen mit dazu beitragen, dass dicht bebaute Gegenden, insbesondere im Sommer, weniger schnell abkühlen. Außerdem berichtet er von einem vielversprechenden Experiment in der Schweiz. Der dortige Asphalt reflektiert sehr stark und kann auch als Lärmoptimiert angesehen werden. In der Wirkung kann sich die Strahlung tagsüber leicht erhöhen. In der Nacht können Innenstädte jedoch hierdurch bis zu fünf Grad Celsius kühler sein.

Herr Bandel hält es für möglich, dass auch regional ähnliche Baustoffe vorhanden sind und hält einen Test auf einigen Flächen für sinnvoll.

Bezüglich des Änderungsantrages der FDP ist ihm nicht klar, warum dieser eingereicht wurde. Er sieht keine Ergänzung herein. Aus diesem Grund möchte die CDU diesen ablehnen. Er bittet darüber hinaus darum, dass dem Antrag der CDU zugestimmt und der Änderungsantrag abgelehnt wird.

Herr Schindelasch gibt an, einen weiteren Änderungsantrag stellen zu wollen. Dieser soll lediglich die Auflistung bezüglich der Prüfungen bezüglich der klimatischen Auswirkungen erweitern und auch den gesamten Lebenszyklus in Form der Beschaffung, des Transportes

und der Recyclingmöglichkeiten der Baustoffe miteinbeziehen. Er erwähnt außerdem erfolgreiche Tests im Königreich der Niederlande. Außerdem soll der letzte Absatz des Änderungsantrages gestrichen werden.

Herr Schröer-Tebbe gib an, dass Herr Schindelaschs Aussage eine Änderung zum bestehenden Antrag unter TOP Ö10 sein könnte.

Herr Schindelasch bestätigt dies.

Herr Flore gibt an, dass der zugrundeliegende Antrag im morgigen Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss beschlossen werden sollte. Lt. Herrn Flore wird der dortige SPD-Sprecher Herr Real eine ähnliche Aussage treffen, wie Herr Flore im Umweltausschuss. Dies lautet, dass die SPD dem ersten Punkt zustimmt und dem zweiten Punkt nicht zustimmt. Die SPD stimmt somit einer Prüfung zu und sieht ein Pilotprojekt zum jetzigen Zeitpunkt als zu weitgehend an.

Bezüglich des Änderungsantrages der FDP gibt er an, dass es sich vorliegend um detailreiche Prüfungen handelt, die ebenfalls einbezogen werden können. Dennoch sieht Herr Flore nicht den Umweltausschuss als federführend, sondern den morgen tagenden Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss. Dort wird auch der Beschluss gefasst. Er sieht den Änderungsantrag darüber hinaus lediglich als Spezifikation, die in der Prüfung durch die Verwaltung nach seiner Meinung auf jeden Fall einbezogen werden müsste. Dies sieht er als selbstverständlich.

Herr Baum räumt ein, dass kurzfristige Tischvorlagen nicht die optimalen Herangehensweisen definieren. Er gibt an, dass diese am Vortag erstellt und erst am heutigen Tag fertiggestellt wurde. Er sieht den Änderungsantrag lediglich als Hinweis auf verschiedene Punkte, deren Berücksichtigung die FDP sich erhofft.

Herr Lütte meldet Beratungsbedarf für den zugrundeliegenden Antrag und beide Änderungsanträge an.

Das Bündnis Oberhausener Bürger meldet Beratungsbedarf für die Drucksache A/17/5943, den Änderungsantrag der FDP und den Änderungsantrag der Die Grünen an.

**10.1 Änderungsantrag der FDP im Rat der Stadt Oberhausen gem. §4 der der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zum Antrag A/17/5943 der CDU-Fraktion „Einführung heller Straßenbeläge zur Reduzierung von Hitzeinseln (heller/weißer Asphalt)“
A/17/5983**

Der Änderungsantrag der FDP im Rat der Stadt Oberhausen wurde gemeinsam mit TOP 10 behandelt.

Das Bündnis Oberhausener Bürger meldet Beratungsbedarf für die Drucksache A/17/5943, den Änderungsantrag der FDP und den Änderungsantrag der Die Grünen an.



Ausschussvorsitzender
Jörg Schröder-Tebbe



Schriftführer
Daniel van Wessel-Gnoß